

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellungen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Abonnement monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft
Einschließung: Dresden-21, Osterbahnstraße 2 / Fernstr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr
Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,55 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Tagesseite 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Osterbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 22. Mai 1929 Nummer 116

Enthüllungen über das Preußenkonkordat

Die preußische SPD schenkt dem Papst 21 Millionen

Berlin, 22. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Demokratische Zeitungsdienst bringt weitere Einzelheiten über den Inhalt des von der preußischen sozialdemokratischen Koalitionsregierung abgeschlossenen Konkordats. Ueber die Neuregelung der finanziellen Verhältnisse zwischen dem preußischen Staat und der katholischen Kirche teilt er mit, daß die finanziellen Leistungen Preußens an die katholische Kirche, die bisher 1,4 Millionen RM jährlich betragen, sich in Zukunft allein durch die Neuschaffung der Erzdiözesen und Bistümer auf den Betrag von insgesamt 2,8 Millionen RM jährlich steigern würden. Darin seien die Zuschüsse noch nicht inbegriffen, die der Staat an die katholischen Geistlichen und die Kirche leistet. Diese Summen, die im Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung auszuweisen werden, betragen für das laufende Jahr rund 21,4 Millionen RM.

Innerhalb der preußischen Regierung sei man durchaus bereit, entsprechende finanzielle Zugeständnisse auch der evangelischen Kirche zu machen und damit den Forderungen der Deutschnationalen und Volkspartei im Landtag entgegenzukommen.

Der Abschluß des Konkordats durch den Sozialdemokraten Braun bringt der Kirche Einnahmen von mehreren Millionen Mark, die durch neue Steuerbelastung der Arbeiterklasse beschafft werden sollen. Mit allen Mitteln wird man versuchen, den sozialreaktionären Kurs, wie er von der Volkspartei und den Deutschnationalen gefordert wird, durchzuführen. Abbau der Erwerbslosenversicherung, Abbau der Renten für die Kriegsober und Erhöhung der Versicherungsbeiträge, sind die für das Proletariat entwerfenden Folgen aus dem Abschluß des Konkordats. Sozialdemokratie, Kirche und Faschismus haben den Bund auch das Proletariat geschlossen. Mit allen Mitteln wird die Kirche versuchen, ihren Einfluß über die Schulen, über die mit dem Sozialdemokraten Braun getroffenen Vereinbarungen hinaus zu vergrößern. Die Arbeiterklasse darf

darum diesen, mit dem Abschluß des Konkordats zusammenhängenden Fragen, nicht gleichgültig gegenüberstehen. Sie muß den Pakt zwischen Papst und Otto Braun bekämpfen.

Die Führerin in diesem Kampfe müßte die Freidenkerorganisation sein, deren reformistische Leitung jedoch hilflos diesen Fragen gegenübersteht und im Interesse der sozialdemokratischen Parteipolitik jeden Kampf gegen das Konkordat unterlassen wird. Viel wichtiger für die reformistische Leitung des Freidenkerverbandes ist die Führung des Kampfes gegen die Opposition und die Spaltung der Freidenkerorganisation. Der Kampf um die Einheit der Freidenkerbewegung auf dem Boden des Klassenkampfes bildet darum mit der Voraussetzung für die erfolgreiche Bekämpfung derartiger Abkommen, wie sie jetzt von der Sozialdemokratie mit der Kirche abgeschlossen werden.

Metallarbeiter! Alarm!

Die Auseinandersetzungen zwischen der Opposition und der sozialfaschistischen Bürokratie in DMB sind in ein verschärftes Stadium getreten. Durch die brutale Anwendung der Macht des Gewerkschaftsapparates konnte die SPD zwar verhindern, daß die Opposition entsprechend ihrer Stärke in den Apparat selbst einbrang, doch gelang es nicht, die ideologische Gewinnung der Metallarbeiter für die Anwendung der revolutionären Gewerkschaftstaktik aufzuhalten. Die Betriebsratswahlen sind für sie ein Menetekel, das sie veranlaßt, getreu ihrer sozialfaschistischen Rolle überall da zur Spaltung zu streiten, wo es ihr nicht gelingt, die oppositionellen Metallarbeiter von den Mitgliedern zu isolieren. Sie zerflügelt bemüht die Einheit, um sich im Verband an der Führung zu halten und ihre ihr vom Trustkapital zugewiesene Aufgabe — die Sicherung des Wirtschaftsfriedens zur verärferten ungestörten Ausbeutung der Arbeiter im Interesse der Ueberwindung der Härten werdenden imperialistischen Schwierigkeiten des deutschen Trustkapitals — erfüllen zu können.

Die Berliner Rohrleger mit 3008 Mann, zu 95 Prozent im DMB organisiert,

leben seit 10 Jahren unter Führung des Genossen Niederkirchner und stehen ebenso lange in Opposition gegen den wirtschaftsfriedlichen Kurs der Verbandsführung. Unter oppositioneller Führung haben sie sich in Berlin Löhne und Arbeitsbedingungen erkämpft, die für sämtliche Metallarbeiter vorbildlich sind. Seit Jahren versuchen die Reformisten, den Branchenleiter Niederkirchner von der Führung zu beseitigen, doch immer haben ihn seine Kollegen verteidigt, so daß es der Bürokratie klar war, daß ein Angriff auf Niederkirchner den Konflikt mit der Branche bedeute. Aber eben deswegen wurde Niederkirchner seiner Funktion enthoben. Der angebliche Grund war die Ablehnung Niederkirchners, seine Partei, die KPD, zu verleugnen. Vorher hatte der Bevollmächtigte Ulrich bereits erklärt, daß er den Kampf mit der Opposition satt habe und vor dem Hinauswurf von Zehntausenden nicht zurückschrecken werde. Jetzt wird mit den Rohrlegern der Hinauswurf von Massen begonnen.

Nach der Funktionsenthebung ihres Branchenleiters beschloßen die Rohrleger in mehreren Funktions- und Mitglieder-versammlungen, die von 2000 bis 2500 Kollegen besucht waren, einstimmig:

Niederkirchner bleibt unser Branchenleiter.
Auf Beschluß der Rohrlegerfunktionäre berief Niederkirchner die oppositionellen Funktionäre der Metallindustrie zur Bildung eines Abwehrkomitees zusammen, um die beabsichtigte Folierung der Rohrleger von den anderen Metallarbeitern zu verhindern und gleichzeitig eine breite Abwehrfront gegen die Spalter herzustellen. Darauf wurde Niederkirchner ausgeschlossen. Hohmann sagt das Ausschlußschreiben, daß er sich beim Vorstand, Ausschuss und letzten Endes beim Verbandstag hätte beschweren können, was soviel bedeutet, als den Teufel bei seiner Großmutter zu verklagen, da alle diese Instanzen von Sozialdemokraten besetzt sind.

Trotz des Ausschlusses wählten die Rohrleger am 25. April in einer von 2000 Kollegen besuchten Branchenversammlung Niederkirchner gegen eine Stimme erneut zum Branchenleiter.

Jetzt zeigte die Ortsverwaltung ihre wahren Absichten. Die gesamte oppositionelle Branchenleitung wurde abgesetzt und die Rohrleger aufgefordert, ihre Adresse an die Ortsverwaltung einzufenden. Das bedeutete praktisch die Auslöschung der Branche. Ihr Ziel, die Rohrleger auseinanderzureißen, haben die Spalter jedoch nicht erreicht. Knapp 90 Mann meldeten sich, noch dazu alles SPD-Leute, die von Ulrich und Eckert dazu benutzt werden sollen, am 1. Juni, wenn die Rohrleger unter ihrer alten Führung in den Streik treten, Streikbrecher zu spielen.

Am 14. Mai erschien ein Zuletat der Ortsverwaltung im Vorwärts, wonach am 11. Mai eine „Mitgliederversammlung“ der Rohrleger den Beschluß gefaßt habe, eine neue Branchenkommission zu wählen. Das war Schwindel und sollte die Rohrleger verwirren. Zur gleichen Zeit erhielten nämlich die leitenden Funktionäre ein Schreiben der Ortsverwaltung, worin ihnen mitgeteilt wurde:

„Eine Vertrauensmännerkonferenz, die von der Ortsverwaltung für die Rohrleger und Helfer zum Sonnabend den 11. Mai einberufen war, hat... eine neue provisorische Branchenkommission gewählt, ebenfalls eine Verhandlungskommission.“

Auch das war Schwindel, wie schon aus den zweierlei Meldungen von Mitgliederversammlung oder Vertrauensmännerkonferenz hervorgeht. In Wirklichkeit hat eine geheimhaltende Fraktionslösung von etwa 90 SPD-Rohrlegern im Sitzungssaal des DMB-Hauses getagt und die kommissarische Branchenleitung eingesetzt. Das bedeutet die bewußt herbeigeführte Spaltung der Berliner Metallarbeiter durch die Bürokratie. Dieses Verbrechen ist zu einer Zeit erfolgt, in der die Rohrleger gerade in Verhandlungen um eine Lohnerhöhung von 25 Pf. pro Stunde stehen. Die Unternehmer hofften auf die Hilfe der Reformisten, die sie durch die Zerstückelung der Einheitsfront der Rohrleger vor der Bewilligung dieser Forderung retten sollten. Der Streik

Sie haben sich gefunden!



Die Lage auf dem chinesischen Kriegsschauplatz

11. London, 21. Mai. Ueber die letzte Entwicklung auf dem chinesischen Kriegsschauplatz liegen nunmehr nähere Mitteilungen vor. Danach hatten die Kwangsitruppen unter Führung General Peitschungs am Montag zwar Kanton besetzt, es über bereits am Abend wieder aus der Stadt zurückgezogen, so daß die nationalen Truppen, ohne Widerstand zu finden, wieder einzufahren konnten. Die Absicht der Kwangsitruppen geht offenbar dahin, an einem Punkte in der Nähe von Kanton Verhandlungen zu erwarten, um dann mit stärkeren Kräften den Angriff auf Kanton zu unternehmen. Ueber die Kampfslage in der näheren Umgebung liegen einander widersprechende Meldungen vor. Danach sollen die Kwangsitruppen Patschan eingenommen, dagegen Tingsun geräumt haben. Von den nationalen Truppen wird gedroht, Wutschau aus der Luft zu bombardieren, wenn die Kwangsitruppen weiter vorrücken sollten. In ausländischen Kreisen Kanton herrscht starke Besorgnis, da in Abwesenheit ausreichender Truppen kommunistische Unruhen befürchtet werden. Das britische Konsulat hat alle englischen Untertanen gewarnt, die internationale Niederlassung in Kanton zu verlassen.

Chinas, unabhängig von der Nanjingregierung. Dem ehemaligen Ministerpräsidenten Fung gab Fung den Auftrag, in Peking ein neues Kabinett zu bilden, das sich aus Vertretern des linken Flügels der Kuomintang und der bürgerlichen Kreise zusammensetzen soll. Fung erklärte ferner, daß die Kwangsitruppen, die Kanton besetzen, ihm als Oberbefehlshaber unterstehen. Fung rief alle chinesischen Soldaten an, gegen die Militärdiktatur Tschangkaijets zu kämpfen. Das Volk müsse den Soldaten gegen die Nanjingregierung helfen, um die Diktatur zu stürzen.

Die Hungersnot in Kanse

11. London, 21. Mai.
Wie Reuter aus Peking berichtet, stellt der Bericht des Leiters des Untersuchungsausschusses für die Hungersnot in der Provinz Kanse, Jintan Andrew, fest, daß in verschiedenen Gebieten der Kannibalismus herrscht. In der Nähe von Chingnan fand Andrew 35 Banditen, die von den Bewohnern getötet und teilweise aufgefressen worden waren. Andrew nahm verschiedene Erklärungen von Personen entgegen, die die Vorgänge beobachtet hatten. In einigen Bezirken sollen die Bewohner verzweifelt sein, weil sie kein Geld besitzen, die geringen, noch verfügbaren Nahrungsmittel zu kaufen, während in anderen Gebieten die Leute verhungern, weil überhaupt keine Nahrungsmittel vorhanden sind.

Feng errichtet eine eigene Regierung
11. Peking, 21. Mai. General Feng erklärte sich am Dienstag zum Oberbefehlshaber der nördlichen Streitkräfte

der Bureaufratte ist mißlungen. Die Kohrleger sehen, daß der energischen Abwehr der Opposition zusammen und sind entschlossen, nicht nur die Spaltung abzumehren, sondern auch ihre Lohnforderungen durchzusetzen. Davor teten die Unternehmer weder Ulrich noch der Schlichter.

Die Abwehrfront gegen die Spalter wächst

Schon haben sich die Dreher, die Autohewiger und andere mit den Kohrlegern solidarisch erklärt. Jetzt müssen auch die Kollegen im Reich in allen Betriebs- und Verhandlungsermittlungen zu dem Spaltungsoverbrechen in Berlin Stellung nehmen und die sozialdemokratischen Spalter zur Rechenschaft ziehen. Der Vorstand verbreitet in der sozialdemokratischen Presse und in der Metallarbeiterzeitung bahnbrechende Linien über die oppositionellen Kohrleger, die zurückgewiesen werden müssen. Er beruft sich dabei auf das Statut. Dabei nennt er das Statut dazu. Lieber den Verband zu spalten, als dem einheitlichen Willen einer so großen Branche Rechnung zu tragen. Er hat kein Recht, sich als der Größtste des Statuts hinzustellen, er handelt arbeiterfeindlich. Kollegen! Metallarbeiter! Zieht überall Beschlüsse, die eure Solidarität mit den Berliner Kollegen darsagen! Seht alle Funktionäre ab, die das Spaltungsoverbrechen der Reich und Konvoien verteidigen, und wählt an ihrer Stelle ehrliche, flauenbewusste Arbeiter, die bereit sind, den Kampf gegen die Staats- und unternehmerfreundliche Bureaufratte zu führen. Höchste Alarmbereitschaft tut not. Nur, wenn ihr euch hinter die gegen die Spaltung kämpfende Opposition stellt und die Einheit der Arbeiter gegen die Bureaufratte schafft, ist die Spaltung des Verbandes zu verhindern.

Neue Unternehmerprovokation

50 000 lehrlische Textilarbeiter angepersert

Berlin, 22. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Volkszeitung meldet: Der Verband lehrlischer Textilindustrieller hat für Sonnabend, den 23. Mai, die gesamte Anwesenheit der lehrlischen Textilindustrie beschlossen. Die Ründigungen sind bereits erfolgt. Es werden davon rund 50 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen betroffen. Bekanntlich hatten die Unternehmer den Lohnstarif gekündigt mit dem Ziel der Herabsetzung der Löhne in den Spinnereien und der Ablehnung einer Lohnhöhung in den anderen Betrieben. Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Unternehmern führten zu keinem Erlaß. Es wurde dann ein Schiedsgericht gebildet, das nur den Lohnstarif betraf und diesen bis zum Herbst 1920 verlängerte.

Zweieinhalb Jahre Gefängnis für einen reformistischen Gewerkschaftsführer

124 000 Mark Arbeitergelde unterschlagen

Am 15. Mai stand vor dem erweiterten Schöffengericht München der langjährige Gewerkschaftsleiter Georg Muzbach, Sekretär des freigewerkschaftlichen Deutschen Landesarbeiterverbandes. Er war angeklagt, Gelder des DVB wie der Münchner Kleinwohnungsbaugesellschaft, deren Kassierer er war, unterschlagen zu haben. Das Gericht stellte Unterschlagungen in Höhe von 124 582 Mark fest. Das Schöffengericht München verurteilte Muzbach zu 2 1/2 Jahren Gefängnis.

Bei der Zeugenaussage ergab sich, daß Muzbach seit Jahren ein auswärtiges Bourgeoisleben geführt hatte. Er machte im Weinbauort Jochen von 180 Mark und gab Kleinstsummen für wöchentliche Besuche aus. Der Hauptvorstand des DVB ließ während der letzten Jahre Revisionen vornehmen, weil Muzbach ein unüberprüfbarer Kommunikationsoffizier war und deshalb in lange wie möglich gehalten werden sollte. Muzbach ist nur einer jener formlosen Gewerkschaftsführer, die überdies bereit sind, die Interessen der Arbeiterschaft an die Kapitalisten zu verkaufen. Es ist nur logisch, daß die Leute, die sich von der kapitalistischen Klasse kaufen lassen, die alle ehrlichen Arbeiter mit unantastlichem Haß verfolgen und sogar die blühende Niederlegung von Demonstrationen organisieren, von Stufe zu Stufe staubhinken. Muzbach landete in der Straftat und im Gefängnis, er mußte jetzt von der DVB-Bureaufratte preisgegeben werden. Es ist aber Sache der ehrlichen Arbeiter, allen hierartigen reformistischen Gewerkschaftsführern das Handwerk zu legen.

Ein Auto vom Zuge erfaßt

2 Tote, 1 Verletzter

Frankfurt a. M. Am ersten Dienstag wurde auf einem Überweg am Bahnhof Juelbach ein Personenzug von einem Personenzug überfahren. Der Führer des Wagens, Kämmler aus Köln, war sofort tot. Seine Ehefrau starb bei der Überführung ins Krankenhaus. Die Tochter, die das Auto lenkte, erlitt leichtere Verletzungen. Nach Angabe eines Augenzeugen hat die Lokomotive vor dem Überweg Signale gegeben, die die Fahrerin aber anscheinend überhört hat. Das aber ändert nichts an der Tatsache, daß der Bahnübergang nicht durch Sperre gesichert war. Viele Tausende von zum größten Teil schmerzhaften Unfällen sind auf das Konto des Fehlens solcher Sicherung zurückzuführen. Trotzdem hat Dormüller bis heute noch keine Abhilfe geschaffen! Menschen sind ja billig, die Hauptfrage, es wird Profit gemacht!

Ein belgisches Militärflugzeug abgestürzt

Zwei Insassen getötet

Brüssel. Am Dienstag nachmittag stürzte bei Brasschaet in der Nähe von Antwerpen ein Militärflugzeug ab und fing Feuer. Die beiden Insassen waren auf der Stelle tot.

Aus dem Strafrechtsausschuß des Reichstages:

Das Zentrum fordert Zuchthaus für Kindstötung

Das geltende Strafgesetzbuch bestraft eine Mutter, die ihr uneheliches Kind bei der Geburt tötet, mit Zuchthaus von 3 bis 15 Jahren, bei mildernden Umständen kann die Strafe auf Gefängnis ermäßigt werden. Der Strafrechtsausschuß will die Strafe grundsätzlich auf Gefängnis von 6 Monaten bis zu 5 Jahren ermäßigen und will weiter die eheliche Mutter der unehelichen gleichstellen. Bisher wird die eheliche Mutter, welche ihr Kind tötet, wegen Mordes mit dem Tode bestraft.

Wegen dieser Bestimmung des Strafgesetzbuches lief in der Sitzung des Strafrechtsausschusses des Reichstages am Freitag dem 17. Mai das Zentrum Sturm. Es will nach wie vor die uneheliche Mutter, die ihr Kind tötet, ins Zuchthaus schicken. Eine Frau, ausgerechnet die zentrumsfeindliche Abgeordnete Weber, war es, die aus Gründen der Sittlichkeit daran festhält, daß eine uneheliche Mutter, die ihr Kind tötet, ins Zuchthaus gehöre, und daß eine eheliche Mutter wegen Mordes zum Tode verurteilt werden müsse, denn das Zentrum, auch die Frau des Zentrums, ist ja für die Todesstrafe bei Mord bis heute eingetreten. Dafür, daß, wenn eine Mutter zu dieser schrecklichen Tat schreitet, die zwingende Notlage für sie vorliegen haben muß, die nicht zu einer Verhärzung, sondern zu einer Milderung oder zu einer Befreiung von der Strafe führen muß, dafür hat die Dame vom Zentrum kein Verständnis.

Die Kommunisten forderten, entgegen dem Zentrumsantrag, daß eine Mutter, die ihr Kind unter dem Druck ihrer wirtschaftlichen Notlage bei der Geburt tötet, straffrei bleibe. Die Gemäßigten und Alexander wiesen darauf hin, daß, wenn

Die Beamten-Korrespondenz stellt fest:

Mitschuld der militaristischen Beamten-erziehung

Berlin, 22. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

In der Beamten-Korrespondenz wird nochmals für den blutigen Mai die Ausbildung der Schubbeamten verantwortung gemacht, die nach rein militärischem Muster erfolgt. Bei den Prüfungen, die jeder Beförderung vorangehen, sei ausschlaggebend nur die Leistung auf dem Kasernenhof in Bezug auf Waffengebrauch und bei der Führerausbildung die Lösung von taktischen Aufgaben über den Einsatz und die Verwendung der Truppe beim Häuser- und Straßenkampf, die Anwendung schwerer und schwerer Waffen und ähnliche Aufgaben mehr. Bei dieser Erziehung der Beamten sei es kein Wunder, daß die so Ausgebildeten in der praktischen Dienstausübung sich so verhalten, wie sie es für die Prüfung gelernt haben. Diese Auszubildenden des Chefs der Polizeibehörde im preussischen Innenministerium des Sozialdemokraten Geisler hätten wiederholt bei Fachleuten und Verbänden scharfe Kritik herausgefordert. Die Beamten-Korrespondenz fordert erneut, daß aus Anlaß der Waffenvorgänge mit diesem System aufgeräumt wird.

Wie die preussische sozialdemokratische Koalitionsregierung „aufräumen“ will, geht daraus hervor, daß der bisherige Polizeireferent der Polizeigruppe Berlin-Weiß, der als Republikaner bekannt ist und der ein gewisses Verständnis für die Verhältnisse der Polizei im Publikum aufbringen soll, als Lehrer für „Strafrecht“ an die Polizeischule Riga versetzt werden soll, was faktisch einer Auslöschung gleichkommt.

Janow — Börgiebel!

Betrachtungen einer bürgerlichen Zeitung

Die Berliner Volkszeitung, ein Masse-Organ, schreibt unter obigem Titel in ihrer Morgenausgabe vom 18. Mai: „10. 12. 21. Januar 1908. Straßendemonstration der Sozialdemokratie für Aenderung des preussischen Wahlrechts. Zusammenstoß mit der Polizei.“

Es folgen dann in der Volkszeitung eine ganze Reihe ähnlicher Feststellungen und es heißt dann weiter:

„21. Januar 1911. Nach elf Tagen Urteil im zweiten Moskauer Prozeß. 16 Angeklagte erhalten 6 Wochen Haft bis ein Jahr Gefängnis. Beide Urteile stellen Heberattische der Polizei fest. Am Ende des zweiten Prozesses gibt der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Unger, den Geschworenen folgende Rechtsbelehrung:

Das Fiasko des Zeppelin-Fluges

Das Volk bezahlt die Beche

Der mit größter Bekanntheit in Szene gesetzte Zeppelinflug hat ein jedes und unantastliches Ende genommen. Tadellos war in allen Zeitungen des Bürgertums zu lesen, daß die französische Regierung Schuld an der Versperrung des Fluges trage. Die nationalpolitischen Werten gingen wieder einmal, wie so oft bei solchen Gelegenheiten, doch. In den schillerndsten Farben wurde das neue Weltwunder des Zeppelins gepriesen. Doch es kam anders: der „Erfolg“ setzte das Braß. Wir „offenen Zeppelin“ haben die beiden mit „geländeten Wägen“ landeten sie in „Arendsee“. Es ist interessant, festzustellen, daß bisher noch nicht ein einziges Geschwürschiff vom Top des Zeppelins eines natürlichen Todes durch Überalterung gestorben ist. Alle Zeppelins wurden bisher entweder abgeschossen oder zerstört, aber nicht zerstört wie Zeppelins. Der fortwährende Sport hat aber auch eine andere als technische Seite. Die Zeppelinscheiter werden bekanntlich nur aus Reichsmitteln subventioniert.

Die Verantwortlichen sind diejenigen, die diesen kostspieligen Spaß zu bestreiten haben.

Daß die Zeppelins durchaus nicht in erster Linie dem Verkehr mit den überseeischen Ländern dienen sollen, sondern vielmehr moderne, für den Krieg geschaffene Instrumente sind, zeigte sich bei der Verberstung des Fluges in der nationalpolitischen Presse mit aller Deutlichkeit. Um so vermittlungsreicher wird der technische und politische Fortschritt. Etwa acht Stunden ist es dem Zeppelin möglich gewesen ungehindert zu fliegen. Dann begannen die Schwierigkeiten. Bis Barcelona war der Flug gesegnet. Dort setzte bereits der erste Motor aus. Ein Bruch der Kurbelwelle wurde festgestellt. In kurzer Zeit ereilte auch drei andere Motoren das gleiche Schicksal. Damit hatte der Zeppelin aufgehört, manövrierefähig zu sein. Hilflos wurde der Luftkrieger hundentlang von dem gefährlichen Mistral hin und her geworfen. Trotz größter Anstrengung Cedens gelang es ihm nicht, erfolgreich gegen den Sturm anzukämpfen. Einmal freiließte der Luftkrieger um seine eigene Waise oder aber hand leuchtete vom Felsen. Rühmlich wird von der bürgerlichen Presse Cedens Verantwortungsbewußtheit hervorgehoben. Beim besten Willen aber kann man unter solchen Umständen kein „besonderes“ Verantwortungsgelühl feststellen. Den Rückflug erzwang einfacher Selbstverhaltung. Der Sechslug, in Cuers bei Toulon zu landen, war unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt die einzige Möglichkeit, einigermaßen heil das Flugschiff mit den Passagieren wieder auf den Erdboden zu bringen. Interessant ist, daß kurz nach der Landung des Zeppelins bereits systematisch

„Wenn die Polizeibeamten dann, wie uns die Zeitschriften alle Hermann ausgelegt haben, den Mann, der sich an der Straße kam, mit dem Säbel niederschlugen, so daß er nicht wieder aufstand, so war das keine rechtmäßige Ausübung des Amtes, und wer sich gegen diese Brutalität gewehrt hätte, meinetwegen mit einem wohlgezielten Revolvergeschuß, der hätte nicht rechtswidrig gehandelt.“

Die Volkszeitung schließt: „Das war alles 1908 bis 1911 unter Jagom und Wilhelm II. Wir wissen nicht, ob diesmal ein Richter das Menschenrecht auf den Revolver gegenüber Polizeibeamten proklamieren wird.“

Wie ungeheuer groß muß die Empörung nicht nur in den Arbeiter-, sondern auch in den Kleinbürgerlichen Massen sein, wenn ein bürgerliches Blatt zu derartigen Feststellungen über die entsetzliche Brutalität der Polizei im Mai 1920 in Berlin kommt. Nichtsdestoweniger waren die Dresdner Volkszeitung und ihre Ableger bereits unangenehme Betrachtungen über ihre eigenen „Genossen-Polizeipräsidenten“ fortzusetzen und ihre Wut gegen das revolutionäre Proletariat und die SPD fortsetzen.

RFB-Beschwerde vor dem Reichsgericht

Berlin, 22. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie die Volkszeitung erfährt, wird sich nächstens der berüchtigte 4. Strafsenat des Reichsgerichts mit der Beschwerde beschäftigen, die die beiden Vorsitzenden des Roten Frontkämpferbundes, die Genossen Thälmann und Willy Krom, gegen die Auflösung des RFB und der Roten Jungfront an den preussischen Innenminister gerichtet haben.

Neue Presseverbote

München. Die Ringnummer der kommunistischen „Neuen Zeitung“ und der „Nordbayerischen Volkszeitung“ sind durch Beschluß des Amtsgerichts München wegen Aufforderung zum Hochverrat und öffentlicher Anreizung zum Klassenkampf beschlagnahmt worden.

Her zur SPD!

Im Bezirk Groß-Hüringen sind in den letzten Wochen wieder eine ganze Anzahl Neuaufnahmen für unsere Partei gemacht worden. Damit steigt die Zahl der seit Januar d. J. für die Partei gewonnenen neuen Mitglieder auf 1200.

von jener maßlosen Presse das Gerücht kolportiert wurde, daß es sich bei dem Unglück um „Sabotage“ handele. Es ist klar, daß hier der übliche Versuch unternommen wurde, auf die beschränkte Art von der großen Blamage abzuwenden. Die Konstrukteure der Motoren stehen angeblich vor einem „Rästel“. Nach der Landung konnte sich Cedens, sowie die deutschen Regierungsveterinäre nicht genug tun in Lobeshymnen an die französische Regierung. Aber noch in früherer Erinnerung ist das schändliche Rutzgebül, das gegen Frankreich wegen der nicht schnell genug eingetroffenen Genehmigung angeklammert wurde. Dabei ist bemerkenswert, daß diese Heke von Dr. Cedens selbst in Szene gesetzt wurde. Er ist es gewesen, der das Stichwort dazu gegeben hat. Als die Genehmigung nicht schnell genug eintraf, ließ er die Aufklärung fallen:

„Es ist das dritte Mal, daß mir die Franzosen Schweinereien gemacht haben.“

Danon allerdings kann heute in der bürgerlichen Presse nichts mehr lesen. Zeit erlingen liebbedienenerische Lobeshymnen und 12 französische Offiziere arden als Ehren Gäste an Bord zum Rückflug. Die Imperialisten beider Nationen haben sich gefunden. Ein anderer Skandal, der sich bei diesem Flug in aller Deutlichkeit zeigte, ist die Frage der Monopolisierung der Berichtserstattung. Selbst die Werten und Häfen blieben stundenlang ohne jegliche Nachricht über Zeppelin. Schon bei den vorhergehenden Flügen wurde festgestellt, daß Cedens die Berichtserstattung an wenige Zeitungen für klingende Münze vergebend hatte. Dagegen setzte allgemein scharfe Kritik ein. Doch der irramme Nationalist ließ sich davon nicht beirren und hatte auch diesmal an zum größten Teil ausländische Pressebüros (das ist bezeichnend für den Nationalisten Cedens) die Berichtserstattung verkauft. Alles in allem kann gesagt werden, daß durch den Ausgang des Fluges nicht nur den Nationalisten die Stimmung ein wenig gedämpft wurde, sondern daß auch erneut bemerkt werden ist, daß es mit der Sicherheit der Zeppelintreuer noch viel auf sich hat. Gegen die wahnwitzige Steuergeheimhaltung aber, die nicht zuletzt von unieren Sozialdemokraten aus warmste bejubelt wird (besonders nach einer ganzen Reihe prominenter Sozialdemokraten am letzten Flug teil), muß aufs schärfste protestiert werden. Dient doch dieser ganze Zeppelin-Kummel weder dem „deutschen Fortschritt“, noch der „Verständigung der Völker“, sondern der imperialistischen Waise, und Kriegspropaganda. Mitschuldige wird der, der vor dieser Tatsache die Augen verschließt!

Kriegspakt der Kleinen Entente!

Belgrad, 22. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die drei Außenminister der Kleinen Entente haben gestern nachmittags einen gemeinsamen Schiedsgerichts- und Berühmungspakt unterzeichnet. Es handelt sich dabei um das sogenannte Normale B, das vom Völkerbund seinen Mitgliedern empfohlenen Schemata zu den Schiedsverträgen, die lediglich die Beilegung von Streitfällen regeln, ohne den territorialen Bestehnd zu garantieren. Die im Schoße der Kleinen Entente bestehenden Gesandten in der Frage Bessarabiens und Bulgariens sind nicht ausgeschlossen. Heute vormittag findet die Schiedskonferenz statt.

Der tschechoslowakische Außenminister Talcott führt Verhandlungen mit dem jugoslawischen König Alexander. Die Tschechoslowakei bietet Jugoslawien Lieferungskredite und alle Hilfe bei der Gewinnung einer ausländischen Anleihe an. Bei den Lieferungskrediten handelt es sich vorwiegend um Lieferungen zu Kriegszwecken letzters tschechoslowakischer Rüstungsbetriebe. Ferner soll bei diesen Beilegungen auch die russische Frage eine große Rolle gespielt haben und die weitere Ausgestaltung der Antifront. In dieser Beziehung sei erinnert an die Sprache der französischen Presse gegen Sowjetrußland gerade bei Beginn der Konferenz der Kleinen Entente.

Kriegsbesprechungen Polen-Ungarn

Budapest, 22. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen der Kleinen Entente, vor allem den Beilegungen des tschechoslowakischen Außenministers Talcott mit dem jugoslawischen König, ist die Reihe des polnischen Außenministers nach Budapest wichtig, die dieser jetzt in Begleitung des Chefs der tschechoslowakischen Außenministeriums, Günther Schwarzbarg, unternommen hat, und die der Einbeziehung in die Antifront dient.

Zur Deutschen Lehrerverammlung in Dresden

Die Deutsche Lehrerverammlung in Dresden findet in einer Zeit wirtschaftlicher und politischer Hochspannung statt. Nach einer Periode anscheinender Konsolidierung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zeigen sich erst jetzt wieder die Risse und Zerküftungen im gesellschaftlichen Gebäude. Die Klassengegenstände kommen unverkennbar zum Vorschein. Die Frage von der Volksschule als je zum Vorschein. Die Arbeiterklasse erweist sich als Zug und Trug der Wirtschaftsgemeinschaft beginnender Klassenauseinanderdrift. Die Massenansperrung an der Ruhr signalisiert den Generalangriff der Unternehmer auf die Lebenshaltung der breiten Massen. Die Arbeiterklasse erwiderte den Angriff der Streikbewegungen der letzten Jahre den entschloffenen Kampfwillen der Arbeiterklasse. Trotz Koalitionspolitik, trotz schärfster Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber der radikalisierten Arbeiterklasse kann die herrschende Klasse nicht über ihre fast unüberwindliche Lage hinwegtäuschen. Drohend erhebt sich vor ihr das Gesicht der proletarischen Revolution.

In solchen Zeiten, wo die Macht der herrschenden Klasse zu sinken beginnt, gewinnt die Volksschule als Kampfmittel für die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse zu einer erhöhten Bedeutung. Die Volksschule als Kampfmittel für die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse zu gewinnen, ist wieder das Bestreben der Machthaber in der Gegenwart. Dazu brauchen sie eine treu ergebene Volksschullehrerschaft, die „freiwillig“ das Bekenntnis zum

Schutze der bestehenden Gesellschaftsordnung ablegt. Dazu bietet sich Gelegenheit auf der Deutschen Lehrerverammlung in Dresden, deren beide Verhandlungsthemen „Wirtschaft und Schule“ und „Volls- und Völkerveröhnung“ geradezu auffordern. Gibt es noch beim ersten Thema die Möglichkeit, sich in „radikalen“ Worten Lust zu machen über die Vernachlässigung der Volksschule und ihre „gewissenlose“ Finanzspruchnahme durch „schulfremde“ Wirtschaftsmächte, so gibt es beim zweiten Punkt kein Ausweichen. Wer für „Volls- und Völkerveröhnung“ im Sinne der bisherigen Distinktion im Deutschen Lehrerverein eintritt, löst sich damit bewußt von der revolutionären Arbeiterklasse. Die herrschende Klasse begrüßt eine solche Entscheidung der Lehrerschaft.

Das Proletariat aber erwartet von der Volksschullehrerschaft eine andere Antwort. Die kommunistische Partei als die Führerin und Trägerin des proletarischen Schulkampfes zeigt der Deutschen Lehrerverammlung durch die Arbeitsgemeinschaft kommunistischer Lehrer die Behandlung der angeschnittenen Probleme vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus. Politische Fragen werden politisch beantwortet. Die deutschen Volksschullehrer müssen sich entscheiden: Weg mit den Phrasen von Volls- und Völkerveröhnung! Gemeinsamer Kampf mit der Arbeiterklasse um die Beilegung des kapitalistischen Gesellschaftssystems!

Schulpolitik in Preußen, dem „Hort der Republik“

Von F. Ausländer, Mitgl. d. Preuß. Landtages

I.
Vor der diesjährigen Vertreterversammlung des Preussischen Lehrervereins in Dortmund machte der preussische Unterrichtsminister Beder in seinem gepreßten Herzen Lust durch den Stöckchen, die „Konfessionalisierungstendenzen“ sei eine „Krankheit der deutschen Seele“. Der Konfessions-Beder — schon liegt der letzte Entwurf dem Heiligen Vater in Rom zur Unterschrift vor — wird vergeblich versuchen, sich von dem Vorwurf freizumachen, daß er nicht selbst Träger dieses Krankheitsbazillus sei. Sein vor der Volksvertretung gegebenes Versprechen, den Landtag „radikal“ zu informieren, nicht einmal diese persönliche Verpflichtung hat der Koalitionsminister gehalten. Auf seine Worte aber muß man sich dagegen wenden, daß in Dortmund der neue Vorsitzende des Preussischen Lehrervereins, Dittmann, erklärt, der Lehrerverein sei befriedigt, wenn nur die Schule im Preussentatortat nicht berührt werde. Als ob die Schule und das gesamte Bildungswesen nicht „berührt“ würden, wenn die Kirche durch das Konkordat ihre finanzielle, organisatorische und faktische Macht unerschrocken erweitert! Sodann: Dittmann erhebt sich die Gefahr eines Reichsschulgesetzes, in dem die Schulfragen nach dem Willen der Kirche geregelt werden sollen. Preußen aber hat 1927 den Reichsschulgesetz Entwurf als „verheerende Grundfrage“ begrüßt. Im Preussischen Landtag aber haben sämtliche Parteien, auch die Sozialdemokraten, den Antrag der Kommunisten abgelehnt, der besagt:

„Ein Reichsschulgesetz darf nur dann die Zustimmung des preussischen Staatsministeriums erhalten, wenn es die volle Einheitlichkeit und Weltlichkeit des gesamten Schulwesens gewährleistet.“

Konfessionalisierungstendenzen etwas Gegenständliches sind. Auch Mussolini und der Papst haben sich die Hände gereicht. In Deutschland aber nimmt der Faschismus mit Hilfe der Sozialdemokratie den besonderen Charakter des Sozialfaschismus an, auch in der Schule.

IV.
Die Schulreform aber ist völlig ins Stocken geraten. Wer spricht heute noch von einem einheitlichen Schulaufbau? Die vielerorts eingerichteten oder erstrebten Oberklassen der Volksschule (9. und 10. Schuljahr) vermehren nur das Uebel des BerechtigungsweSENS und entwerfen vollends die achtstufige Volksschule. Die Kommunisten verlangten — vergeblich — die Beilegung dieser Art Begabenauslese. Aber nicht nur das: sie haben auch allein ein Kindergartenspflichtgesetz gefordert und ein Sonderpädagogengesetz. Auch ihre Anträge auf Defensivität des Unterrichts, auf einen Ausbau der Schülerfestschulverwaltung verfielen der allgemeinen Ablehnung. Solche Forderungen werden von den Koalitionsparteien überhaupt nicht ernstgenommen. Allein blieben die Kommunisten mit ihrer Forderung auf Herabsetzung der Klassenfrequenzen, für die Grundschule auf 30, für die weiteren Klassen auf 24. Und doch weiß ein jeder, daß die gesamte Schulreform mit der Stärke der Klassenbesetzung steht und fällt.

Nur mit Mühe, nur dadurch, daß die Kommunisten namentliche Abstimmung durchsetzten, wurde ein Antrag

des Zentrums abgewehrt, der sogar den zahmen preussischen Erlass über die Einschränkung der Prügelstrafe wieder rückwärtsresidiert will. Selbstverständlich, daß die Forderung des Verbots der körperlichen Züchtigung und der Arreststrafen der Ablehnung verfiel. Blahmangel verhindert leider die vollständige Aufrichtung dieser Schandtafel preussischer Schul- und Kulturpolitik. Nur dies sei noch erwähnt: Alle Parteien, auch die Sozialdemokraten, wollen, daß uneheliche Mutterchaft einer Lehrerin das Disziplinarverfahren nach sich zieht. Alle Parteien, auch die Sozialdemokraten, lehnen einen hygienischen Unterricht, verbunden mit sexueller Belehrung, als ordentliches Lehrfach an allen Schulen und auf allen Stufen ab.

V.
Meist mußte der angebliche Mangel an Mitteln alles entschuldigen. Aber diese selbe Republik hat rund 86 Millionen für kirchliche Zwecke, und sämtliche Parteien außer den Kommunisten, haben sie bemilligt. Kein Posten steht im Etat für Kinderpeinigung, für sechs Vermittelte, für Wasserheilungsheime, für Kindergärten; ganze 100.000 RM für bedürftige höhere Schüler, 127.500 RM für bedürftige Studenten. So wird die „Begabtauslese“ zur Privilegierung des Besitzes, in genauer Uebereinstimmung mit dem allgemeinen Charakter der kapitalistischen Republik. Auch die Junglehrer erhalten nichts über die färgliche und völlig unzulängliche bisherige Hilfe hinaus. Vergeblich haben die Kommunisten beantragt, was die Junglehrer selbst immer erneut fordern: Die Nichtentstellung von Abiturienten der Pädagogischen Akademien vor der restlichen Einstellung der nichtakademischen Lehrkräfte, die Forderung von 10 Millionen RM Reichshilfe, die Herabsetzung der Klassenfrequenzen, die Erhöhung der Fortbildungszulüsse und der Bezahlung der Hilfslehrer, Gewährung von Mitteln für die Wiederherstellung der Gesundheit erkrankter Junglehrer, restlose Anrechnung der unerschuldeten Wartezeit um. Da man sich doch schämte, diese Forderungen offen abzulehnen, verpackte man alle diese Anträge in den Unterrichtsausschuß. Ebenso verpackend im Seamtensauschuß der kommunistische Antrag auf Beilegung der Besoldungsabstufungen zwischen den verschiedenen im Volksschulwesen tätigen Lehrkräften (einschl. der Leiter) und auf Gleichstellung der Besoldung der Volksschullehrer mit den Lehrkräften an mittleren und höheren Schulen. Den kommunistischen Antrag auf Durchführung des fünfjährigen Diätariats mit rückwirkender Kraft aber haben die Koalitionsparteien erst gar nicht dem Ausschuß überwiefen, sondern gleich abgelehnt.

Natürlich ist auch an eine grundsätzliche und gründliche Lösung der Schullastfrage nicht zu denken. Im Winter hatten sämtliche Parteien einmal einen Antrag des Zentrums angenommen, wenigstens mit 20 Millionen RM den leistungs-geschwächten Gemeinden zu Hilfe zu kommen. Was geschieht jetzt? Diese 20 Mill. RM schrumpften — für 1929 (!) — auf 14 Mill. RM zusammen, und man will sie — den „leistungsstarken“ Gemeinden, d. h. den großen Städten, fortnehmen! Bon der vor einem Jahre beschlossenen Uebnahme der persönlichen Volksschullasten auf den Staat ist nicht mehr die Rede. Ein entsprechender Antrag der Kommunisten verfiel der Ablehnung, auch mit Hilfe der Sozialdemokraten.

Das ist in großen Zügen die preussische Schulpolitik unter der Koalitionsregierung: Stillstand jeder Reform, kein Geld für soziale Zwecke, Vornarrsch der kirchlichen und politischen Reaktion!

Wirtschaft und Schule

Thesen der Reichsarbeitsgemeinschaft kommunistischer Lehrer zur Hauptversammlung des Deutschen Lehrervereins 1929 in Dresden

A.
Wirtschaft und Schule in der kapitalistischen Gesellschaft
I.
Die Wirtschaft der Gegenwart weist folgende charakteristische Merkmale auf:
1. Stärkste Entfaltung der Technik, Mechanisierung der Arbeitsvorgänge und immer weiter getriebene Arbeitsteilung.
2. Fortschreitende Konzentration der Produktionsmittel in der Hand des Finanzkapitals, daraus folgende Enteignung des Kleinbesitzes und der Proletarisierung der Mittelschichten, Zusammenfassung in Truste, Kartelle und Syndikate.
3. Verflechtung der Interessen des Finanzkapitals im internationalen Maßstabe.
4. Gleichzeitiger Kampf um Rohstoffgebiete und Absatzmärkte zwischen den imperialistischen Staaten und Verschärfung der Gefahr imperialistischer Kriege.
5. Verwachsen des Finanzkapitals mit dem Staatsapparat.
6. Verschärfung der Widersprüche zwischen dem Wachstum der Produktionskräfte und der Verengung der Märkte bei gleichzeitiger Verschärfung der Gegensätze zwischen den Besitzern der Produktionsmittel und der Arbeiterschaft.

H.
Beziehung zwischen Wirtschaft und Schule
In dieser Zeit der Rationalisierung und gesteigerter imperialistischer Entwicklung gewinnt die Schule erhöhte Bedeutung. Sie wird intensiver als je, offen und verschleiert in die Zwecke der Wirtschaft und damit des Profits eingeordnet.
1. Entsprechend der Rationalisierung und stärkerer Differenzierung der Arbeiterschaft in die Masse der Angelernten und die kleine Gruppe der Qualitätsarbeiter zweigt sich eine immer stärker werdende Differenzierung im Aufbau des Schulwesens:
Förderung des technischen Fach- und Berufsschulwesens gegenüber allgemeinem Berufs- und Volksschulwesen, Dina, Datsch, Abspaltung der Begabten aus der allgemeinen Volksschule, Berechtigungswesen, eine den Wirtschaftserfordernissen angepasste Psychologie in Form von Psychotechnik, fast beruflich betriebene Beratung.
2. Im Sinne der Förderung imperialistischer Tendenzen und der ideologischen Vorbereitung neuer imperialistischer Kriege wird eifrig neue nationale Erziehung getätigt; Pflege des jogen. deutschen Kulturgutes, Heimat- und Kolonialideologie, Körperliche Erleichterung durch Sport, Turnen, Wandern, dienen demselben Zwecke.
3. Zur Maskierung solcher nationaler Tendenzen werden humanistische und pazifistische Ideale in den Vordergrund gehoben, wie allgemeine Menschenbildung, Toleranz, vom Krebs aus, neutrale Erziehung.

1. In verkürzter Weise wird die Religion in den Dienst der Erziehung zum gehoramen Staatsbürger und willigen Arbeiter gestellt.
2. Die Herausbildung einer Ideologie des Wirtschaftsfriedens und der Volksgemeinschaft dient zur Abwehr der Klassenkampfeinstellung des größten Teiles der Arbeiterschaft, zur Begründung der Sparmassnahmen, Niederhaltung der Löhne, — zur Begünstigung durchaus kapitalistischer Gesellschafts- auf- und Staatspraxis.

- III.
Der Inhalt der Schulerziehung
a) Das Ziel der Erziehung
Dem kapitalistischen Staate dient die Zielstellung der Reichs- verfassung: sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, berufliche Tüchtigkeit, Erziehung im Geiste deutschen Volkstums und der Völkerveröhnung.
1. Sittliche Bildung wird als solche Gesinnung gefordert und in Presse, Rechtspflege und Literatur gepflegt, die die jetzige Wirtschaftsordnung nicht stören will. Die jetzige Wirtschaft braucht solche Gesinnung zur Erhaltung des bürgerlichen Eigentumsbegriffes, zur Erhaltung eines der kapitalistischen Ordnung dienenden Arbeitswillens, zur ungestörten Verwaltung des Staatsapparates.
2. Berufliche Tüchtigkeit kann in haattlichen Schulen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft nur so gepflegt werden, daß sie der Erhaltung dieser Ordnung dient.
3. Die Erziehung zum „deutschen Volkstum“ soll den tiefen wirtschaftlichen und politischen weltanschaulichen Riß zwischen Unternehmer und Lohnempfänger verschleiern. Sie ordnet Literatur und Geschichtsunterricht engen nationalen Wirtschaftsinteressen unter, indem sie historisches Geschehen nur im Rahmen nationaler Betrachtung, nicht in seiner Weltverflechtung, aufzeigt.
b) Die Lehrpläne
1. Innerhalb der Lehrpläne nimmt der Religionsunterricht eine ihm nicht zukommende Bedeutung ein. Sein wohl- erwogener Zweck ist, die Abhängigkeitsgeföhle zu pflegen und die „Ewigkeit“ der kapitalistischen Ordnung zu beweisen, vor allem auch die Unzulänglichkeit der Massen in die Seh- fenshoffnung abzuleiten.
2. Die Lebenskunde als Erziehung soll durch die besondere Betonung sittlichen Verhaltens dem Staate gegenüber auch im Freidenker die gesellschaftserhaltenden Tugenden befestigen.
3. Der staatsbürgerliche Unterricht ist die Pflichtlehre zur Erhaltung der bestehenden Staatsform.
4. Berufliche Ausbildung und physikalisch-chemischer Arbeits- unterricht gewinnen breiteren Raum als bisher, einmal um

II.
Mit der „Konfessionalisierungskrankheit“ sieht, das haben wir schon gesehen, die „Pädagogischen Akademien“ einher. In Dortmund erklärte Beder dieses Hochschulurrogat für die Stütze der „neuen Menschbildung“, mit der er siehe und höre. Den kommunistischen Antrag aber, die bestehenden Pädagogischen Akademien den Universitäten anzugleichen und sie eines konfessionellen und simultanen Charakters zu entkleiden, hat der Landtag in den Unterrichtsausschuß versenkt. Die Kommunisten sind auch die einzigen, die im ersten Abgah dieses Antrages fordern:
Die Ausbildung der Volls-, Mittel- und Sonder- schul- unter erfolgt auf der Universität.“
III.
Der Dr. Beder hat nun freilich auch ein Heilmittel gegen die Konfessionalisierungskrankheit angegeben, nämlich den „Staatsgedanken“. Das heißt, den Teufel mit Beelzebub austreiben! Es dürfte sich doch inzwischen herumgesprochen haben, daß über belasteten „Staatsgedanken“ sich die Menschen sehr ver- schiedene Gedanken machen. Rund heraus gesagt, bedeutet dies Bekenntnis des preussischen Regierungsvorstehers die Kriegs- erklärung an das Proletariat, das nach der Lehre von Karl Marx und Lenin im Staat nicht eine die Klassengegenstände aus- schließende Institution, sondern die Organisation der herrschen- den Klasse ist. Wie sich in Preußen der Staatsgedanke auf den Schulgebieten manifestiert, dafür ein paar Beispiele: Sämt- liche Parteien des Preussischen Landtages (auch die Sozialdemo- kraten) haben sich durch Ablehnung kommunistischer Anträge am 26. April dazu bekannt, daß
der 1. Mai nicht zum allgemeinen Schulfesttag erklärt wird,
der „Verein für das Deutschtum im Ausland“ weiter in seiner nationalpolitischen und imperialistischen Propaganda von den Schulen und Schulbehörden unterstützt wird,
daß den kommunistischen Kinder- und Jugendorganisationen die Schulräume gesperrt bleiben,
daß Schulkinder zu Übungen und Aufmärschen der Reichs- wehr geführt werden,
daß die Verfassungsfeiern am 11. August „Zwangsfeiern“ sein sollen und daß niemand aus Ueberzeugungsgründen diesen Feiern fernbleiben darf.
Besonders klar aber hat der Reichsinnenminister Seoding in seiner bekannten Rede vor der Berliner Lehrerschaft die „Staats- bürgerlichen“ Aufgaben der Schule in der gegenwärtigen Epoche ausgesprochen. Seoding verlangt dort von dem Lehrer, er solle seinen Schülern klar machen, daß der Klassenkampf in durchaus klaren Formen verlaufen könne und daß das Geheimnis seiner Führung in dem Abschluß von Tarifverträgen liege! Damit verlangt der Mann, der vielleicht sehr bald einen neuen Reichsschulgesetzentwurf vorlegen wird, von der Schule die Propaganda jener reformistischen Auffassungen, wie sie heute von den Gewerkschaftsorganen vertreten, aber von den feindschaftlichen Massen erbittert bekämpft werden: Wirt- schaftsdemokratie und Wirtschaftsfrieden. Wir sind nun durch- aus nicht der Meinung, daß diese Art „Staatsgedanke“ und die

Eine Sitzung der Zschachwitzer Koalition

gewisse pädagogische Forderungen um der Illusion lebhafteren Fortschrittes willen zu erfüllen, andererseits um eine technisch geschulte Oberklasse der Arbeiterklasse heranzubilden.

- c) Die Organisation der Schulerziehung
1. Der Gliederung des Wirtschaftskörpers in richtunggebende und entscheidende Führer für Wirtschaft und Verwaltung, in durchführende mittlere und untere Beamte, in technisch und praktisch gut gebildete Qualitätsarbeiter und in die Masse der Maschinenarbeiter entspricht die Gliederung:
 - a) in Hochschulen als Fachschulen für obere Verwaltungs- und Wirtschaftsführer;
 - b) in Oberschulen für obere Beamte;
 - c) höhere und mittlere Fachschulen für technische Leiter;
 - d) in Mittelschulen für mittlere Beamte;
 - e) Berufs- und Gewerbeschulen für Qualitätsarbeiter;
 - f) in gehobene Klassen der Volksschule, als Vorbereitung des Aufstieges einiger weniger Arbeiter in keine Beamtenstellungen;
 - g) Volksschule als Bildungsstätte der Massen bei weniger gebildeter Maschinenarbeiter und der Ungelernten.
 2. Der Erhaltung dieser Gliederung dient ein künstliches und weit ausgedehntes Prüfungs- und Berechtigungsverfahren. Es dient zugleich zur Vortäuschung der Möglichkeit des Aufstieges der Arbeiterklasse, wobei jedoch alle ansehend gewährten Berechtigungen durch neue Anforderungen illusorisch gemacht werden.
 3. Die weltliche Sonderklasse als anstehendes Zugeländnis an die Arbeiterklasse dient zur Verhütung der Klassenmäßig erhobenen Ansprüche. Sie hat die Aufgabe, außerdem, einen Teil der Kinder der Arbeiterklasse von der Masse zu isolieren, zugleich auch pädagogisch fortschrittliche Bewegungen abzupflanzeln.

IV.

Pädagogische Probleme im kapitalistischen Wirtschaftssystem

1. Mit den Widersprüchen der kapitalistischen Wirtschaft sind eng verbunden die Widersprüche im Bildungswesen. So wenig der Kapitalismus in der Lage ist, seine Widersprüche auszugleichen, so wenig ist er imstande, den inneren pädagogischen Widerspruch seines Bildungswesens zu beseitigen.
2. Wirtschaftlich: Trotz einer ins Riesenhafte gemehrten Produktion besteht Mangel an notwendigem Lebensbedarf. Trotz nationaler Theorien werden neutrale Minderheiten und koloniale Völker unterdrückt. Trotz sozialistischer Propaganda nimmt die Kriegsgefahr zu. Trotz Gerüben von Volksgemeinschaft herrscht politische Unterdrückung und wirtschaftliche und kulturelle Unterdrückung der Masse vor.
3. Pädagogisch: Statt Einheitschule — fortschreitende Zersplitterung. Statt einheitlichen Lehrstandes — wachsende Differenzierung — statt Weltlichkeit des Schulwesens — wachsende Konfessionalisierung (Konfessionale). Statt Aufstieg der Begabten — Erschwerung durch Studienverlängerung und Vertiefung des Bildungsweges. Statt Arbeits- und Produktionschule — Zurückgefallen in Vernachlässigung der Förderung pädagogischen Fortschrittes im breiten Maße — Abbau vieler Volkshochschulen, mangelhafte finanzielle Unterstützung neuer pädagogischer Bestrebungen.
4. Alle diese Erscheinungen zeigen auf, in welche Sadasse alle sozialpädagogischen Bestrebungen innerhalb der heutigen Gesellschaft geraten, solange die Geister dieser Gesellschaft sich nach der kapitalistischen Wirtschaft orientieren.
5. Alle „Schulreform“ bleibt nur Mittel zur rationaleren Durchführung der von der Wirtschaft zugewiesenen Aufgaben.

V. Forderungen

1. Die Schule ist von sich aus nicht in der Lage, an den gegebenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Tatsachen und Auswirkungen etwas zu ändern, vor allem nicht den Grundcharakter der Ausbeutung zu beseitigen.
2. Die Herstellung der Einheit des Bewusstseins mit dem Sein (Sinn aller Kultur) kann nur auf dem Wege gesellschaftlich-wirtschaftlich-politischer Umwälzung, auf dem Wege des Klassenkampfes geschehen.
3. Alle an der Durchsetzung pädagogischer, als gesellschaftliche Funktion verstandener Idee interessierten Kräfte müssen deshalb sich im engsten Anschluß an das Proletariat am Kampfe zwischen Kapitalismus und Sozialismus beteiligen.
4. Es ist nötig: a) Die härteste Abwehr aller Bestrebungen der heutigen Wirtschaft, die Schule in den Dienst ihrer privatwirtschaftlichen Zwecksetzung zu stellen; b) Umgestaltung der Volksschule als reiner Bildungsanstalt zur sozialen Hilfsanstalt (Speisung, Heime, Gesundheitsfürsorge usw.).

B.

Wirtschaft und Schule in der kommunistischen Gesellschaft

1. Das Merkmal der Wirtschaft in der kommunistischen Gesellschaft wird der Uebergang des Profites, Ausbeutung und Anarchie bedeutenden Privateigentums in Gemeineigentum, Planmäßigkeit und harmonische Entfaltung der Produktivkräfte sein — Wirtschaft im Dienste der Kultur.

Zschachwitz. Bevor in die Sitzung eingetreten wurde, erhielt Genosse Grahl das Wort zur Abgabe einer Erklärung der kommunistischen Fraktion. Der Gemeindevorordnete Paul Tobahn ist, wie bekannt, schon seit Januar kein Mitglied der SPD mehr. Er hatte nur vertreten die Diktaturgehalte eines jammervollen heruntergefallenen Renegaten und durchgefallenen Landtagskandidaten. Gen. Grahl verlas jetzt folgende Erklärung der kommunistischen Fraktion und der kommunistischen Partei:

Die unterzeichneten Mitglieder des Gemeindeparsaments Zschachwitz erklären im Einverständnis mit der Ortsgruppe Zschachwitz sowie der Bezirksleitung der KPD Ostschlesien, daß die bisherigen Mitglieder der kommunistischen Gemeindefraktion, Hermann Tobahn, Paul Braun und Kurt Lehmann nicht mehr als Mitglieder der kommunistischen Gemeindevorordnetenfraktion zu betrachten und durch Beschluß der Bezirksleitung der KPD Ostschlesien vom 15. 5. 29 aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen sind.

Begründung:

Die Obenanannten haben während der Landtagswahl aktive Arbeit für die liquidatorische Gruppe „Kommunistische Partei (Opposition)“ geleistet und sich damit außerhalb der Reihen der einzigen revolutionären Arbeiterpartei Deutschlands gestellt. Die lächerliche Landtagswahl hat klar gezeigt, daß das revolutionäre Proletariat mit Leuten, die gegen die kommunistische Partei anzulämpfen versuchen, die es wegen der revolutionären Bewegung zu verlassen und reformistisch zu versuchen, nichts gemein haben will. Das Ergebnis der Landtagswahl zeigt klar und deutlich den politischen Bankrott der Leute um Brandler und Schreier. Durch ihren Zersplitterungsverfuch an der revolutionären Arbeiterklasse haben sich diese Leute selbst selbstempfehlend zu Handlangern des deutschen Trustkapitals und der mit ihm unloslich verbundenen Sozialdemokratischen Partei. Die kommunistische Partei wird unentwegt über diese politischen Bankrotteure hinweg in unermüdlicher Arbeit dem Proletariat die notwendige Linie des Kampfes aufzeigen, die es zu seiner Befreiung einschlagen muß. Wir erklären offen, daß wir es als unsere höchste Pflicht betrachten, gegenüber dem revolutionären Proletariat, die Reihen unserer Partei reinzuhalten von allen reformistischen Einflüssen. Wir sind überzeugt, daß durch unsere unermüdliche Aufklärungsarbeit unter den Massen der Verklügten und aktiven Leitung der Kämpfer der Arbeiterklasse die Klassenbewußten Elemente der Zschachwitzer Arbeiterklasse, die am 12. Mai der irrigen Auffassung waren, daß die Liste der „KPD (Opposition)“ eine revolutionäre Liste sei, innerhalb kurzer Zeit ihren Fehler erkennen werden und zurück zur kommunistischen Partei, zur einzigen Vertreterin der Interessen des Proletariats, hängen werden. Die Künftigen der revolutionären Arbeiter am 12. 5. gegenüber diesen Leuten war: „Hinweg mit politischen Bankrotteuren!“ Die Lösung der kommunistischen Partei ist: Hinweg mit den politischen Bankrotteuren

2. Die genossenschaftliche Form, der öffentlich nützliche Sinn der Arbeit und Technik stellt die Wirtschaft in lebendige organische Beziehung zum Menschen und bedeutet so die Basis zu einer heute nicht denkbaren Ausweitung aller Grenzen in Erziehung und Bildung. (Einheit des gesellschaftlichen mit dem pädagogischen Prinzip).
3. Ziel der Erziehung — einheitlich begründet aus Wirtschaft, Verwaltung und Alltag — wird die Beförderung eines alles Leben der durchdringenden Gemeinschaftsbewußtseins bei gleichzeitiger Entwicklung aller technischen Fähigkeiten und wissenschaftlicher Weltbetrachtung sein, bei der das Bealeitprodukt heutiger wirtschaftlicher Abhängigkeit: die Religion, von selbst abfällt.
4. Die direkten Erziehungsanstalten (Schule) werden also unter folgenden Gesichtspunkten aufzubauen:
 - a) der vollen organisierten Einheitlichkeit (als Abbild der gesellschaftlichen Einheit);
 - b) der Arbeits- und Produktionschule in enger Verbindung mit den Produktionsstätten;
 - c) der Weltlichkeit als Folge wissenschaftlich-materialistischer Weltbetrachtung;
 - d) der breitesten genossenschaftlichen Selbstverwaltung als Erziehungsform zur allseitigen Mitwirkung an den gesellschaftlichen Verwaltungskörpern (soziale Erziehung).

C.

1. Die Erreichung dieses Zieles setzt die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistisch-kommunistische Gesellschaft voraus.
2. Den Weg dazu bietet die Erreichung der Macht durch die Arbeiterklasse:

die proletarische Revolution.

Die Arbeitsgemeinschaft kommunistischer Lehrer Deutschlands

aus den Reihen unserer Partei! Es lebe die kommunistische Partei Deutschlands! Es lebe der Befreiungskampf des deutschen und internationalen Proletariats! Es lebe die proletarische Diktatur!

Im Verlauf der Sitzung zeigte sich wieder die große bürgerliche Koalition, und zwar bei Punkt 3. Hier verlangten die Bürgerlichen, daß die Mittelbemessung 500 Mark für gedruckte Schulheftmittel dem Finanzausschuß überwiesen werden sollte. Genosse Grahl wies darauf hin, daß es keinen Zweck hat, wenn diese Mittel im Haushaltsplan der Gemeinde eingetragt und mühenlos infolge dessen im Haushaltsplan der Gemeinde eingetragt werden. Er zeigte mit drastischen Worten den Verlauf der ganzen Ausschüttung. Nun kam Kapitalistochte Gemeindevorordnete Hindelsen zum Wort. Er verlangte, daß der Finanzausschuß die Mittel erst bemessigen möchte und erweiterte den Antrag der Bürgerlichen, der Finanzausschuß beschließt endgültig darüber. Hier zeigte es sich deutlich, die Zusammengehörigkeit. Die Bürgerlichen hatten „Schleim an den Schuhen heben“, die Sozialdemokraten unter Führung von Hindelsen (Meister im Schmeicheln, Niederträglich) verstanden es meisterhaft, diesen Schleim anzukleben. Es wurde auch der Renegat Bürgermeister sehr scharf angegriffen in Bezug auf den Haushaltsplan des Jahres, da er bis jetzt nur Embryo im Leibe sei. Die Angriffe der bürgerlichen Koalition gegen den Bürgermeister veränderte ein Renegat (Tobahn) mit jämmerlichem Getöse zu verteidigen. Aber kläglich, jammervoll ging es zu Ende. Einmal noch feilschten werden, und zwar die Aussprüche des bürgerlichen Vertreters, Herrn Reichel. Er führte im Laufe seiner Rede aus, er wisse überhaupt nicht, was der Bürgermeister wollte. Schreier machte wegen elender Pöbelnager eine neue Partei auf, die bei den großen Massen gar keinen Einfluß habe. Schreier hätte sich doch bloß lächerlich gemacht und die Gemeinde um ein paar hundert Mark gebracht. Auch ignorierte er immer die Beschlüsse der Gemeindevorordneten, er sage, es sei kein Geld da. Genosse Rattermann zeigte ein Beispiel aus der letzten Sitzung, wo die bürgerliche Koalition genau so verfahren war, die Erhebung der Schulgebühren wurde auf Antrag der Bürgerlichen (so jedoch die Kapitalistochte mit einparsonen) in den Ausschluß verhandelt. Wer nun aber von der Einwohnerliste in Zschachwitz denkt, daß eine Ausschüttung gelang hat, irrt sich. Hier zeigte sich wieder mal das „Verständnis“ des hellverblendenden Vorhanges des Finanzausschusses, des schon vielgenannten Herrn Hindelsen. Er setzte einen Kandidat in Bewegung. Sitzung sei nicht nötig. Schon verläuft so eine Sache im Sande. Das ist der Zweck bürgerlicher Gemeindepolitik.

Arbeiterkorrespondenz 731.

Den Amtsaal hört rotes Luch

Was Freiburger Ratsvertreter sehen und was sie nicht sehen, was bei ihnen Anstoß erregt und was nicht

Freiberg. Die Stadt Freiberg unterhält auch, wie alle anderen Ortshäfen, Schrebergartenkolonien, für die in Freiberg eine Gartenordnung vom März 1914 besteht. Da damals noch das deutsche Kaiserreich und das Königlich Sachsen bestand, ist es erklärlich, daß darin auch monarchistische Demonstrationen zulässig sind. Naive Leute könnten nun annehmen, daß nun im 11. Jahre einer „demokratischen“ Republik wohl auch die Aufhebung der Gartenordnung wenigstens soweit gewandelt werden würde, daß, wenn schon noch keine monarchistischen Demonstrationen verboten sind, zumindestens aber andere Gefährten das gleiche Recht zugebilligt würde. Doch daß dem nicht so ist, dafür als Beweis folgendes Schreiben des zuständigen Ratsherrn:

Freiberg den 10. Mai 1929

Herrn hier,

Aus dem Kreise der Gartenpächter an der Silberhofsstraße ist bei uns Beschwerde darüber geföhrt worden, daß in ihrem Schrebergarten zu wiederholten Malen, so neuerdings nach der Umsturzbewegung in Berlin, wieder eine rote Fahne aufgehängt worden ist. Unter Hinweis auf § 7 der Gartenordnung vom 17. März 1914 erkläre ich Sie hiermit, dafür zu sorgen, daß ein derartiges Demonstrationen künftig unterbleibt.

Der Stadtrat (Grundbesitzeramt) gen. K. n. 6. 1. Stadtrat.

So das Schreiben, dem ja nichts hinzugefügt werden braucht, da ja wohl jeder Arbeiter Freibergs daraus sieht, wie die Freiburger Stadtverwaltung eingestellt ist, daß sie noch niemand, der dort schwarz-weiß-rote Fahnen zeigt, so neuerdings nach der Umsturzbewegung in Berlin, wieder eine rote Fahne aufgehängt worden ist. Unter Hinweis auf § 7 der Gartenordnung vom 17. März 1914 erkläre ich Sie hiermit, dafür zu sorgen, daß ein derartiges Demonstrationen künftig unterbleibt.

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 745)

Krafttrading-Lieferfälle und kein Ende

Mügel n. b. Vshah. An der chemischen Fabrik Lipina erregte sich an der Gabelung der Reisinger Landstraße und des Reibighener Weges ein schwerer Unfall. Als ein Victoria des Mügelner Bezirks die genannte Stelle passierte, fuhr ein mit zwei Personen besetztes Motorrad in voller Fahrt, von Reibighen kommend, das Victoria an. Beide Fahrer wurden schwerverletzt ins Bezirkskrankenhaus eingeliefert, wo sie später beide ihren schweren Verletzungen erliegen sind.

Schwerer Unfall bei Neugersdorf

Neugersdorf. Am zweiten Pfingstfeiertag fuhr das überbelebte Karl Zahn in Rumburg gehörige Personenvan auf dem Straßenübergang zwischen Neugersdorf und Ciba über auf die Lokomotive eines Personenzuges an, daß es zur Seite geschleudert und zertrümmert wurde. Bei dem Unfall wurde ein Fräulein Elli Zechner aus Rumburg getötet und Bezirksführer Karl Zahn, Franz Zechner, Kola Zahn und der Wagenführer Karl Zahn, sämtlich aus Rumburg, verletzt. Die Lokomotive des Personenzuges wurde durch den Anprall ebenfalls beschädigt und mußte aus dem Verkehr gezogen werden. Der Unfall dürfte auf das Verschulden des Kraftwagenführers zurückzuführen sein, der weder die Automobilmannschaftsregeln noch die Vortragsregeln des Zuges beachtet hatte.

Mit seinem Kinde den Tod gesucht

Schneeberg. Der hier wohnhafte 25jährige Bauarbeiter Paithner begab sich am Donnerstagnachmittag mit seinem dreijährigen Kinde nach dem Giesberg in die dortigen Steinbrüche, warf von der Höhe zunächst das Kind in den Bruch und stürzte sich dann selbst hinab. Beide fanden dabei den Tod. Die Veranlassung sollen gerüttelte Familienverhältnisse gewesen sein.

Kampf eines Wächters mit Einbrechern

Schnitz. In Franzental überraschte ein Fabrikwächter drei Einbrecher, die in eine Spinnerei eingedrungen waren. Bei dem Kampfe mit den Einbrechern wurde dem einen durch einen Wächter ein Finger schwer verletzt. Ein zweiter wurde von dem Wächter, der mit der Stetue auf ihn einwirkte, am Kopfe verletzt. Die Einbrecher schickten schließlich den Wächter an Händen und Füßen, löhnen aber, da sie den Geldschrank nicht aufbrechen konnten, nur eine Kasse mit Postwertzeichen und eine geringe Geldsumme.

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 748.)

Schon wieder „Kommunistische Demagogie“

Bitte, eine neue Blatte auflegen!

Zonsdorf b. Zittau. In der Oberlausitzer Volkszeitung versucht man schon wieder mit dem Geschrei „Kommunistische Demagogie“ die Wahrheit zu entstellen und unseren Bericht über die letzte Gemeindevorordnetenversammlung auf eine sozialdemokratische Manier als nicht richtig hinzustellen.

In seiner Erwiderung schreibt der Berichterstatter, in dem wir den Sozialdemokraten vermuten, davon, der Kommunist Bernschneider hätte in einem Aufsatz Dinge gebracht und behauptet, die geradezu zum Himmel schreien.

Gegen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion sei der arme Teufel in schamloser Weise vorgegangen und die Behauptung, daß er, Engler, gegenüber einem Genossen von uns gesagt habe, er könne zu jeder Zeit laut Lärchen von den Sitzungen abkommen, sei eine Lüge. Es ist zweifellos, sich darüber mit Herrn Engler auseinandersetzen, wie man tatsächliche Fortkommnisse einsehend und schilddert. Tatsache ist jedenfalls, daß die von uns gemachten Behauptungen der Wahrheit entsprechen. Wäre Herr Engler davon wirklich ernstlich überzeugt, daß wir die Lüge sind, so hätte er wohl schon längst, wie es in diesem Falle bei Sozialdemokraten üblich ist, den Weg zur Klassenjustiz gefunden.

Da er das nicht wagen kann, bleibt ihm nur der Weg, mit den „Verdienten“ der sozialdemokratischen Fraktion zu prahlen und damit zu versuchen, die wertvolle Einwohnerheit über die wirklichen Arbeiterinteressen nicht vertretende Politik der SPD hinwegzuführen.

Selbstverständlich fehlt dabei nicht das Eintreten für die Erwerbslosen“ usw. Verdrängungsanstalten! J. B. ein Kommunist habe im Finanzausschuß für die Verschlechterung des Wohlfahrtssetats gestimmt (kommunale Totenbestattung). Selbstverständlich verschweigt dabei Herr Engler, daß auch der Sozialdemokrat im Finanzausschuß für die Verschlechterung gestimmt hat. Er verschweigt weiter, daß es der sozialdemokratische Bürgermeister gewesen ist, der den Finanzausschussmitgliedern die Verschlechterung der kommunalen Totenbestattung unterbreitete und mit rühmlichen Worten schmachtete zu machen versuchte. Wir

wollen aber Herrn Englers Gedächtnis wieder auffrischen und feststellen, daß die kommunistische Fraktion im Plenum gegen die Verschlechterung gestimmt hat, und es nur ein sozialdemokratischer Gemeindevorordnete war, der die Stellungnahme des Kommunisten Neumann gegen die Verschlechterung der Totenbestattung unterbreitete. Es ist lächerlich, wenn Engler den Anschein zu erwecken sucht, als wären wir Kommunisten an die SPD mit der Frage herangetreten: Was ist zu tun?

Wir haben nur gesagt, daß wir Kommunisten in Fällen, wo ein kommunistischer Bürgermeister gegen die Linie der Partei verfährt, rücksichtslos gegen ihn vorgehen und haben im Hinblick auf unsere grundsätzliche festgelegte Stellung gefragt, welche Stellung die SPD zu dem Mißtrauensantrag einnehme.

Auf die übrigen Punkte einzugehen, müssen wir uns verlagen. Wer mit den bürgerlichen Parteien Arm in Arm geht, ob SPD oder SPD, das kommt ja tagtäglich bei den verschiedensten Fragen immer wieder zum Ausdruck. Es wäre dem „objektiven Volkszeitungsberichterstatter“ zu raten, doch einmal über den Lichtbildvortrag des Kulturartells über Sowjetrußland zu berichten, den der SPD-Genosse Albrecht (Baugen) hielt. Da die Volkszeitung aber nur Dred schleudern kann, und hier und da auch ein SPD-Mitglied eingebüßt werden könnte, hütet man sich wohlweislich, über solche Sachen zu berichten. Der Berichterstatter des Armer Teufel ist jedenfalls stolz darauf, in der kommunistischen Partei organisiert zu sein, hat in jener Partei, deren führende Mitglieder die Interessen jener 9 Millionen verkümmerten Wähler dadurch am Besten zu vertreten glauben, indem sie auf demonstrierende Arbeiter schleichen lassen und Polizeistatten gegen sie organisieren. Es ist eine einfache Logik:

Wer den heutigen kapitalistischen Staat bejaht und auf die Futtertruppen dieses kapitalistischen Staates spekuliert, der kann keinen Kampf gegen rechts für die Werktätigen führen, weil es rechts von ihm nichts mehr gibt.

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 748.)

Rot Front!

Sie stehen uns liegen in Dred und Blut vier Jahre lang.
Wir waren zum Schießen und Säuen gut.
In Fländern, in Flandern, am Schwarzen Meer
fröhlich unser Marsch die Städte leer,
mordeten Geschütz und Maschinengewehr,
liegen wir Leben und Blut.
Wir drehten die Gewehre um,
im November war's.
Wir rissen am Abgrund den Karren herum.
Wir kamen nach Hause, da gab es kein Brot.
Da sagten die Schiffe und Häuser rot.
Dah bald schlug man die Kameraden tot,
brachte die Führer uns um.
Die alten Schinder haben's getan
und ihre Knecht!
Sie legten in Ketten Mann um Mann.
Generale, Junker, Pfaffengeschmeiß
haben wieder zum Himmel den Steiß.
Spannten uns in den höllischen Kreis.
Der Aufmarsch begann.
Wir formierten die Reihen zu neuem Kampf,
Rot Front!
Unser Wille, geboren im Pulverdampf,
auf dem Schlachtfeld, in Dred und Gefahr,
sich uns wachsen, Jahr für Jahr.
Und feiner, der müde und feige war.
Uns nähle der tägliche Kampf.
Leht werben wir für der Arbeit Heer,
für den Sieg.
Sind Staudamm gegen das trübe Meer,
das unsere Brüder im Osten bedroht.
Sind Wegbereiter aus Hunger und Not.
Wir tragen die Fahne, das leuchtende Rot
des Sieges vor uns her. Frig K. u. d.

Polizeipräsident Kühn ist nach einer Mitteilung des Pressesamtes des Polizeipräsidentiums vom 21. Mai bis 22. Juni d. J. beurlaubt und wird während dieser Zeit durch den Stellvertreter des Polizeipräsidenten, Oberregierungsrat Dr. Pjotenhauer, vertreten.

Junge Löwen und Dumas in der Kinderkubie des Zoo

Im letzten Sommer wurde neben dem Kispferdchen eine kleine Freizeitanlage gebaut, die den jungen Großtieren im ersten Jahre ihres Daseins als Tummelplatz dienen soll. Eine geräumige Sandfläche, die von Wasser und einer bequemen Freiluftmauer umgeben ist, gestattet Hunderten von Besuchern Einblick auf die in der Sonne munter umherstrolchenden Jungtiere. Zur Zeit sind erst zwei Würfe von 3 Löwen und 2 Dumas so weit gediehen, daß sie tagsüber der Mutter fortgenommen werden dürfen, um sich in diesem Paradiese auszuwählen zu lassen. Nach Kastenart belauern sich die sehr verschiedenartigen Tiere, lästern heftig und überfallen einander im Sprung, wälzen sich im spielenden Kampf und ruhen ermüdet friedlich nebeneinander. Die meisten vorläufigen Jungen sind natürlich viel zu groß geworden für die Kleinkubie; sie vergraben sich — so weit es nicht verstopft wurden — in einem der geräumigen Höhlen des Kambierhauses. Bunter und toller geht es in den anderen Paradiesen zu, in dem 100 Kieselsteinen ihr Leben treiben; hier herrscht bis in die dunkle Nacht hinein voller Pöbel eine wirtliche Ruhe wird hier kaum je beobachtet. Sobald die Witterung wirklich warm wird, wird auch die Freiluftkubie von dem Lärm wieder von den Krotobildern benutzt werden. Im Laufe des Sommers soll aber auf dem Schaustellungsplatz der jetzt wieder jeden Morgen und Nachmittag bei den Vorstellungen des Schimpansen Charlie vom Jubel der Jugend vornehmlich eine wirtliche Krotobildern mit 1000 Krotobildern in allen Größen gezeigt werden. — In der neuen, bereits reich und hoch dekorierten Zampfnagel-Kubie sind ein Paar paläontologische Krotobildern und ein Paar Brillenbisse eingetroffen.

Beitrag zu Reisen und Wandern:

Pfingsten auf dem Dresdner Hauptbahnhof

Wer am Pfingstsonntag Gelegenheit hatte, einige Zeit auf dem Dresdner Hauptbahnhof dort dem Leben und Treiben zuzusehen, der konnte beobachten, daß Dorfmüller alles aufbot, um den Reisenden Gelegenheit zu geben, ihr Reisegeld loszuwerden. Was jedoch nicht zu bemerken war, war die Tatsache, daß man den veränderten Beförderungsmitteln absolut nicht ansehe konnte, daß — entsprechend der vorigen Jahr eingetragenen Fahrpreiserhöhung — ihnen eine entsprechende Beachtung geschenkt würde. Fahrgeräte aus der Urzeit (Büchsenwagen, Koffers — sogar ohne primitive Sitzbänke, alte 4-Räder-Wagen) wurden als 3. Klasse-Wagen angeboten. Die reisenden Proleten ließen sich diese Behandlung ruhig gefallen. Wir möchten uns hierbei aber doch einmal die heftigste Frage erlauben, warum denn diese Behandlung nur den Armen, denen, die nicht die Mittel für DL-Züge haben? Wir haben noch nicht gesehen, daß ein AD oder DL-Zug mit vorzüglichen Wagen ausgerüstet worden wäre. Die es aber scheint, ist eben für die Reisenden, deren Fahrge-ber erst die Ausrüstung von Luxusgütern ermöglichen, alles gut.

Auch war am Pfingstsonntag gute Gelegenheit, die „vorzügliche“ Annehmlichkeit des ganzen Dorfmüllerbetriebes zu beobachten. Obwohl alle Bahnsteige voll von Reisenden waren, wurde auf den Personenbahnsteigen mit Gepäck- und Postkarran hin und her gefahren werden, obwohl Gepäckbahnsteige vorhanden sind. Die waren jedoch wegen Verstopfung nicht benutzbar. Anstatt muß werden, daß einzelne Bahnbedienstete, die mit den Gepäckkarran saßen mühten, diese Verstopfung und mögliche Gefährdung der auf Beförderungsmöglichkeiten wartenden Reisenden anerkennen und vorsichtig führen. Gleichzeitig wurde aber leider auch festgestellt werden, daß durch unvorsichtiges Fahren mit Postkarran tatsächlich Reisende angefahren wurden. Weiterhin muß dann noch werden, daß ein Postkarran mit zwei Stieren (der also dieser Auszeichnung entbehrt) durch teufelischer Unteroffizier gewesen sein mag) sich über das Bahngelände, indem er, als er durch Zuruf auf das Gefährliche des Fahrens auf den Personenbahnsteigen hingewiesen wurde, lässig antwortete, „man habe ihm in seiner Arbeit gar nicht zu sagen“. Als ihm hierauf zugerufen wurde, er könne ein schöner Bauer zu sein, wollte er voller Wut den Namen des sich Beläuernden feststellen lassen. Schließlich mußte er einsehen, daß er es mit einem zu tun hatte, der seines Rechtes nicht ist, und so kam es nicht zur Namensfeststellung. Diesem Reiz sei hierdurch nochmals gesagt, daß es unangehörig ist, Reisenden, noch mit motorischen und Hand-Transportkarran auf den Personenbahnsteigen herumzuführen. Sehen das die für den Transport verantwortlichen nicht ein, so muß ihnen dies nicht, von den in Gefahr kommenden Reisenden gesagt werden. Nicht, daß dann ein beim Transport Beteiligten durch eine derartige Zurechtweisung noch beleidigt, so geht er damit praktisch, daß er immer noch glaubt, Unteroffizier zu sein, was ihm selbst

Arbeitsanstalt Leuben:

Der Dresdner Zürlorgeerziehungsfundat

E. Sch. Arbeitsanstalt ist Strafanstalt mittels Schnelljustiz. Diese von uns aufgestellte Behauptung wird bekräftigt vom Zürlorgeamt der Stadt Dresden und auch von sozialdemokratischen Stadtverordneten. Wie es für den Herrn Direktor der Arbeitsanstalt Leuben keine Ursachen für die Revolte in der Bezirksanstalt gab, so stehen auch obengenannte Herrschaften den Tatsachen mit verhöflichen Augen gegenüber. Die Sozialdemokraten müssen aber den Anschein erwecken, als wollten auch sie einige Verbesserungen nicht nur auf dem Zürlorgeerziehungsgebiet, sondern auch auf dem Gebiete des Strafvollzugs. Sie führen in der Presse und in den Vorlesungen eine Diskussion um „Reformen des Strafvollzugs“. In Wirklichkeit verhelfen sie der Bourgeoisie zur Verhärfung der Rechtsprechung.

Die Leitung des Zürlorgeamtes der Stadt Dresden will Zürlorgeerziehten durch die Einlieferung in die Arbeitsanstalt Leuben bestrafen. Durch Strafe oder Vergeltung glaubt man brauchbare Menschen zu erziehen, die Opfer des heutigen kapitalistischen Systems sind. Dies soll erreicht werden durch Absperrung von Menschen vom kulturellen und politischen Leben. Die Anstaltsordnung wird und kann nur anrechterhalten werden durch Disziplinarstrafen wie Arrest, Kostentzug, Schreibverbot, Kontrolle des Briefverkehrs, Besuchs- und Urlaubsperrre usw. Die Sozialdemokraten sind dafür, daß der Anstaltsdirektor Rechtsvollkommenheit und damit Strafmöglichkeiten hat, die für jeden rechtsempfindenden Menschen unangenehm sind.

In der Bezirksanstalt Leuben befinden sich nicht nur sogenannte Arbeitsheute, sondern in ihr ist auch ein Teil der städtischen Trinkerlürge und eine Abteilung für Geisteschwache untergebracht. Doch diese Menschen einer ganz anderen, d. h. speziellen Behandlung und Betreuung bedürfen, ist dem Zürlorgeamt der Jugendstadt Dresden bekannt. Für das Zürlorgeamt kommt es nur darauf an, daß viele Menschen losgelöst sind von der Außenwelt. Ob diese Menschen dann für ihr ganzes Leben dort draußen gefangengehalten werden, bleibt ihm gleich. Uns ist ein Fall bekannt, wo ein Arbeiter schon über sechs Jahre in der Arbeitsanstalt ist.

Angeht die deutschen Zürlorgeerziehungsfundate muß man sich fragen: Gibt es einen Staat, wo solche unsoziale Einrichtungen und ihre unmenslichen Methoden abgeschafft sind, wo die Begriffe Strafe, Begelung und Zürlorge nicht mehr bestehen? Jawohl! Dieser Staat heißt Sowjetrußland. Einige Gegenüberstellungen sollen dies beweisen.

In Rußland gibt es für Geisteschwache, ebenso für Trinker gefonderte Anstalten. Hier werden die Insassen besonders ärztlich beobachtet und behandelt. Die Unterbringung in solchen Heimen in Rußland ist keine Bestrafung oder Absperrung vom kulturellen Leben, wie dies bei uns in Deutschland der Fall ist und an den letzten Ereignissen in Leuben besonders deutlich in Erscheinung tritt.

Für alle Insassen in Leuben gibt es nur eins, und das heißt: Ten „Anweisungen gefondert“, sich vollständig unterwerfen einer auf fesslicher Grundlage aufgebauten Hausordnung mit Strafen, Verboten, Pflichten und keinen Rechten! Für die Widerstehenden regnet es Strafen bis zu 14 Tagen Arrest bei Wasser und Brot.

Erzieher oder Lehrkräfte gibt es nicht. Die Arbeitskraft der Insassen wird 9 Stunden ausgebeutet. Ein Anspruch auf Lohn besteht nicht. Die Arbeit wird ausgeführt hinter verschlossenen Türen. Der Briefverkehr steht unter Kontrolle des Anstaltsleiters. Gelegenheiten, sich die Freizeit nach den Bedürfnissen jedes einzelnen zu gestalten, gibt es nur sehr mangelhaft.

In Rußland gibt es auch in diesen Anstalten Arzt, Erzieher, Lehrer und Facharbeiter. Die Insassen werden

erzogen und auch beruflich ausgebildet. Disziplinarstrafen und anderen Schikanen sind die Leute in russischen Anstalten nicht ausgefesselt. Die Arbeitskraft wird nicht ausgebeutet wie bei uns, sondern ausgebildet. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, für Jugendliche weniger. Dabei besteht auch für die geleistete Arbeit ein Rechtsanspruch auf Lohn. Der Briefverkehr untersteht keiner Kontrolle. Auch besteht keine Einschränkung von Besuchen. Urlaub wird reichlich gewährt. Die Arbeit wird nicht hinter verschlossenen Türen geleistet. Die Freizeit können die Insassen nach freier Wahl verbringen. In den russischen Anstalten gibt es Zirkel für Radio, Gesang, Zeichen, Sport, Theater, Musik usw. Diese Einrichtungen erhalten besondere finanzielle Unterstützungen und stehen unter der Selbstverwaltung der Anstaltsinsassen. Auch sind große Bibliotheken und besondere Lesezimmer vorhanden. Da die Anstaltsinsassen Lohn erhalten, können sie sich auch Bücher kaufen und Zeitungen nach freier Wahl halten. So bleiben die russischen Insassen in ständiger Verbindung mit der Außenwelt. Die Erfolge der Erziehungsmethoden solcher Anstalten sind sehr groß. Daß unter solchen Voraussetzungen Gefühle von Menschenwürde geweckt und brauchbare Mitglieder der Gesellschaft herangebildet werden, ist längst erwiesen. Genau das Gegenteil aber wird bei uns in Leuben erreicht. Mag die kapitalistische Welt Sowjetrußland hassen, bekämpfen und verleumden, es werden dort doch Kulturwerte geschaffen, neben denen Diskussionen über Scheinreformen und die Richtlinien der deutschen Sozialdemokraten sich angeht der deutschen Anstaltsfandate mehr als jämmerlich ausnehmen.

Dresdner Tageschronik

Unfall im Großen Garten. In den letzten Nächten wurden im Großen Garten und in den Anlagen der Bürgermeisterei, Papierfabrik, in einem Falle sogar ein Stück Eisenbahndamm mit dem Steinboden, losgewühlt und verschleppt. Der Unfall ist wahrscheinlich erst in den Stunden nach Mitternacht verübt worden. Nach den Tätern wird gefahndet.

Tot aus der Ehe gelandet wurde am Pfingstsonntag mittags im Strögehege ein neugeborenes Mädchen. Die Leiche, die in gelbliches Packpapier gewickelt und mit Bindfaden verschmürt war, dürfte etwa 24 Stunden im Wasser gelegen haben.

Verhängung. Am 17. Mai nachmittags in der 6. Stunde ist in Dresden-Johannisstadt an der Dampfhefepflichtstelle die Leiche eines etwa 30 bis 40 Jahre alten Mannes aus der Elbe gefischt und nach dem Krematorium übergeführt worden. Der Tote ist von idyllischer Gestalt, bartlos, hat gutes Gebiß. Bekleidet ist die Leiche mit Normalhemd, mit schwarz- und rotblauem Einfaß, Normalunterhose, hochblauem Jackettanzug, gelblich-braunem Wintermantel (Hilfsgrünmuster), grauwollenen Socken, schwarzen Schuhschäben. Das Wäschezeichen lautet „M. L.“ Eine Vermittlungsanzeige liegt hier zur Zeit nicht vor. Sachdienliche Mitteilungen zur Feststellung der Person erbittet das Landesstrafamt, Dresden, Schlegelgasse 7, 3. St., Zimmer 200, wo auch die Effekten und Stoffreste zur Ansicht ausliegen.

Einbruch in die Nacht zum Pfingstsonntagabend und während der Ferienzeit wurden im Gasthof Prohla, einem Jagdengasthof in Lübbau und einer Baubude in der Neuhofstraße verübt. Die Einbrecher erlangten größere Mengen Zigaretten, Zigarren, Schokolade, Borspelt u. a. mehr. Die Diebe hatten sich mit Stemmeisen und Nachschlüssel Zugang zu den Räumen verschafft.

Diebstahl. Diebstahl einer großen Schaufelmaschine eines hiesigen Modehauses. Von den Auslagen sind verschunden: 3 Laufschloßer und 1 graues Wolatuchschloß mit Seidenfutter. — Aus einer Sportkantine in Dresden-Strahlen wurden in der Nacht zum Freitag mittels Einbruchs Zigaretten, Schokolade und verschiedene Lebensmittel gestohlen. — Aus einem Hofe in Dresden-Bischofswitz sind vermutlich von einem Händler, eine Zinkbadewanne und Dinkel mitgenommen worden.

Fahrrad Diebstahl? Ein 10 Jahre alter Schulfahrer hat in einer Polizeiwache ein gebrauchtes Herrenrad mit Gepäckhalter und Nieren abgegeben. Er gab an, das Rad am 2. Mai auf dem Bismarckplatz von einem Unbekannten geschenkt erhalten zu haben. — Am 30. April wurde in einem Grundstück auf der Tilmannstraße ein Herrenfahrrad „Viktoria“ eingestohlen und nicht wieder abgeholt. Beide Räder sind bisher als gestohlen nicht gemeldet. Die Eigentümer können sich werktags in der Zeit von 8-14 Uhr im Polizeipräsidenten, Zimmer 71a, melden.

Müßige Dresdner Kinder. Die durch die Landesversicherungsanstalt Sachsen in Wiet auf Rügen zur Erholung untergebrachten Dresdner treffen am 24. Mai 1929 5.40 Uhr auf dem Hauptbahnhof ein. — Die durch das Jugendamt der Stadt Dresden in Oberwiesenthal untergebrachten Kinder treffen am 27. Mai 1929 19.14 Uhr auf dem Dresdner Hauptbahnhof ein. Die Angehörigen werden gebeten, für Abholung der Kinder zu den genannten Zügen besorgt zu sein.

AM KOPFHÖRER

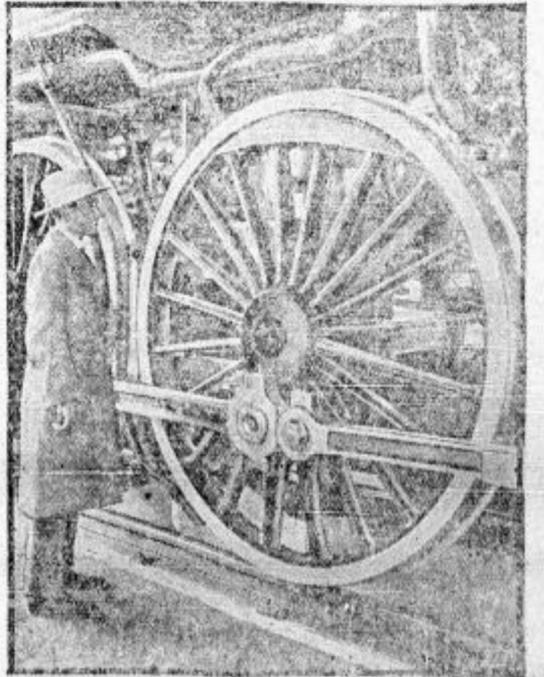
Proletariat und Rundfunk

Das Proletariat kann gegenüber dem Rundfunk nur eine Einstellung haben: die Klasseneinstellung. Das revolutionäre Proletariat hat die Partei, die Gewerkschaften, die Arbeiterturn- und Sportorganisationen nicht aus Berechnung geschaffen, sondern aus der klaren Erkenntnis der Klassengegenüberstellung in der heutigen Gesellschaft. Der Rundfunk kann diese Klassengegenüberstellung nicht überbrücken, sondern muß zu ihrer Verhärfung beitragen. Die Arbeiterklasse und besonders die kommunistische Partei, kann nicht abwärts sehen, sie hat den Kampf unter der Führung: „Der Arbeiterklasse eigene Sender!“ klar und unabweislich zu führen. Wir wollen hören, wir wollen politischen Vertreter, revolutionären Gewerkschaftler, unsere Sport- und Kulturorganisationen zu hören haben, wir wollen proletarische Künstler hören, die mit uns fühlen, die mit uns denken. Die Arbeiterklasse muß den Rundfunk in den kulturellen Dienst und in den Kampf um die Eroberung der Macht zu stellen wissen. Für die Förderung des Verständnisses der Arbeiter in Bezug auf das Radio besteht der Arbeiter-Radiobund.

Mittwoch den 22. Mai
16.30: Konzert. 18.05: Arbeitsmarktbericht des Landesarbeitsamtes Sachsen. 18.20: Wettervorhersage und Zeitangabe. 18.30: Spanisch für Anfänger. 18.55: Arbeitsnachweis. 19: Der Weinbau im Saale-Elbe-Gebiet. 19.30: Die Einrichtung des Jugendberufshilfsheims. 20: Wagner-Abend. 22: Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend bis 24: Tanzmusik.

Donnerstag den 23. Mai
16.30: Konzert. 18.05: Sternrundfunk. 18.20: Wettervorhersage und Zeitangabe. 18.30: Spanisch für Fortgeschrittene. 18.55: Arbeitsnachweis. 19: Kunst, Geschicht, Mode. 1: Ueber den Geschicht läßt sich streiten. 19.30: Reden. 1: 20: Solistenkonzert. 21: Unterhaltungskonzert. 22: Tanzprünge. 22.05: Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht und Sportfunk.

Bilder von der Jahreschau:



Abteilung Dorfmüller

Dresden-N.

HAUSRAT

GEMEINNUTZIG: MOBEL-REORGANISATION G. M. B. H. DRESDEN, NEUSTÄDTER MARKT 8 / RUF 53220



50 Läden 50 Ausläufer PFUNDS MOLKEREI

Fahrräder Spezial-Motoren Anzahlung 10 M. Wochenzinsen von M. 2,50 an

Strümpfe Trikotagen Wäsche Näheriktel ALFRED BACH

REFORM- u. KINDER-REITEN in Matratzen und Auflagen, Olyan, Bettfedern u. Kissen

Winkelmanns Restaurant Bestechendster bei ausgezeichnetem Bedienung

Motorräder Fahrräder H. & P. Richter Dresden-N. 6, Albertstraße 29

Friedrich Witzschel Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Trinkt Chabeso RUF 53784 / Arsenal, Eingang 14

H. Fleisch- und Wurstwaren Spezialität: Aufschnitt Albert Jähne

Lebensmittel-Geschäft Gottlieb Lachmann, Fritz-Reuter-Str. 8

Uhren aller Art / Goldwaren GUSTAV PFUNDT

Walter Butter Fahrrad- u. Motorrad-Ersatzteile

Arbeiter, kauft eure Möbel nur bei König!

Glau & Pötschke Mineralwasser-Fabrik Bier-Großhandlung

Uhren aller Art / Goldwaren GUSTAV PFUNDT

Kohl's Möbelhaus Möbel in allen Preislagen

J. E. Bauer Kleider- u. Damengarderobe

Motorräder, Motorwagen, Kleinwagen Otto Geißert & Sohn

Billig - Schuhreparaturwerkstatt - Gail

Brillen Schenk das Beste

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Emil Gieseler

Arbeiter! Kauft eure Fleisch- u. Wurstwaren bei Paul Gärtig

Neustädter Frucht- und Lebensmittelhaus Bruno Lindemann

Heinrich Richter Markgrafenstr. 42 Uhren - Goldwaren - Optik

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Herbert Bleichschmidt

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Emil Gieseler

Möbelhaus Union ist billig! Haus für Möbel jeder Art

Kleidermaschinen u. Nähmaschinen

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Alfred Steglich

Warenhaus Meißner & Co. Bischofsplatz 8/10

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Carl Köhler

Ewald Löscher Fleischermeister Alton-, Ecke Louisenstraße 34

Hauptgeschäft für Körnerstraße 1 u. 3

Arbeiter, deckt euren Bedarf nur bei Otto Mühle

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Paul Protze

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Oskar Hüttschke

Fahrräder Opel / Express / Brennabor

W. K. Kollmanns Kleidergeschäft

Arbeiter, deckt euren Bedarf nur bei Otto Mühle

Warenhaus Meißner & Co. Bischofsplatz 8/10

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Carl Köhler

Fahrräder Opel / Express / Brennabor

Möbelhaus Rudolf Wöhl Dresden-N. 6, Heigoldstraße 8

Beste Bezugsquelle für Arbeiter Möbelgeschäft A. Voigt

Wäsche-Meinelt Das Spezialgeschäft für solide Wäsche

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Oskar Hüttschke

Fleisch- u. Wurstwaren empfiehlt Fritz Weiser

W. K. Kollmanns Kleidergeschäft

Arbeiter, deckt euren Bedarf nur bei Otto Mühle

Wäsche-Meinelt Das Spezialgeschäft für solide Wäsche

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Oskar Hüttschke

Fleisch- u. Wurstwaren empfiehlt Fritz Weiser

Oskar Köhler Nachf. Dampfmaschinen, Triebwagen

Fahrräder / Grammophone Motorräder Willy Heinicke

Wäsche-Meinelt Das Spezialgeschäft für solide Wäsche

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Oskar Hüttschke

Fleisch- u. Wurstwaren empfiehlt Fritz Weiser

Dresden-Pieschen

Trachenberge

Dresden-A.

Bevor Sie kaufen, besichtigen Sie meine Ausstellung MAX HÖHNEL

Kaplan's Großwäscherei

Spezial-Geschäft Steinhart & Kahlenberg

Hans Georg Bräuer Fischwaren, Delikatessen

Wenn's keiner macht? Möbel aller Art

Dolter-Möbel aller Art in eigener Reparaturwerkstatt

Hosen-Ehnerl, Leipziger Str. 49

Weltspiegel-Lichtspiele Dienstag und Freitag

Konditorei, Brot-, Weiß-, Feinbäckerei

Tambour-Kaffee-Rösterei Dresden-A., Mariensstraße 15

Fleisch- und Wurstwaren Richard Köhler

Nommels Schokoladenhaus

Restaurant Maria-Ann-Hof

Butterspezialgeschäft Curt Mohr

Lederschuh / Lederabfälle G. Uhlig Nachf.

Molke-Apotheke Leipziger Straße 150

Obst- u. Gemüsegeschäft Paul Holles

Lebensmittel Obst u. Süßwaren

Matthias & Co. Größtes Photohaus Dresden-Süd

Dresden-Briesnitzer Möbel-Richter

Mirsch-Drogerie Anna Oppelt

Obst- u. Gemüsegeschäft Paul Holles

Marien-Drogerie und Farbenhandlung

Dresden-Miggen Wiktoria Hof u. Garten-Zentrale

Musik-Zschocke Größte Auswahl in Apparaten

Swald Kreher, Leipziger Straße 42

Obst- u. Gemüsegeschäft Paul Holles

Dresden-Reich Herren- und Damen-Frisier-Salon

Blumen, Signet- und Bau-Zubehör

Möbel- u. Polsterwaren E. Goldhammer

Dresden-Trachau O. Zimmermann

Dresden-Kaditz Brot- und Feinbäckerei

Lebensmittelgeschäft Reinhold Köhler

Seidnitz Emil Zimmermann

Antonsmarkthalle Hugo Richter

OTTO SCHMIDT SPEISE-, SCHLAF- u. KÜCHEN-EINRICHTUNGEN

Dresden-Neubau Heideberg, Köhlerstr. 10

Brot- und Feinbäckerei Otto Köhler

Werbt Abonnenten

Dresden-Briesnitz Perle-Drogerie